

Teil 1: Einführung.....	1
§ 1 Einleitung.....	1
A. Der Begriff Legal Tech.....	1
B. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands.....	2
C. Ziele und Gang der Untersuchung.....	4
§ 2 Der Rechtsrahmen de lege lata.....	6
A. Das RDG.....	6
I. Entstehungsgeschichte.....	6
1. Vorgänger des RDG: Das RBerG.....	6
2. Die Rechtsprechung des BVerfG.....	7
a) Masterpat-Beschluss.....	8
b) Erbenermittler-Beschluss.....	8
c) Entscheidungen zum Inkassowesen.....	9
3. Gesetzgebungsverfahren.....	9
II. Relevante Normen.....	11
1. § 1 Abs. 1 Satz 1 RDG: Sachlicher Anwendungsbereich.....	11
2. § 1 Abs. 1 Satz 2 RDG: Schutzzwecke.....	11
a) Schutz der Rechtsuchenden.....	11
b) Schutz des Rechtsverkehrs.....	12
c) Schutz der Rechtsordnung.....	12
3. § 2 Abs. 1 RDG: Begriff der Rechtsdienstleistung.....	12
a) Tätigkeit.....	13
b) Konkrete Angelegenheit.....	14
c) Fremde Angelegenheit.....	14
d) Erforderlichkeit der rechtlichen Prüfung.....	14
e) Prüfung des Einzelfalls.....	15
4. § 3 RDG: Verbot mit Erlaubnisvorbehalt.....	16
a) Erlaubnis zur Erbringung von Rechtsdienstleistungen.....	16
b) Wichtigste Rechtsfolgen eines Verstoßes.....	17

5. § 4 RDG: Unvereinbarkeit mit einer anderen Leistungspflicht.....	18
a) Rechtsdienstleistung und andere Leistungspflicht.....	18
b) Unmittelbarer Einfluss.....	19
c) Gefährdung der ordnungsgemäßen Erbringung der Rechtsdienstleistung.....	20
6. § 5 RDG: Erlaubnistatbestand für Rechtsdienstleistungen im Zusammenhang mit einer anderen Tätigkeit.....	21
7. Regelungen für Inkassodienstleister.....	23
a) § 2 Abs. 2 Satz 1 RDG: Begriff der Inkassodienstleistung.....	23
b) Erlaubnistatbestand in § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 RDG.....	24
c) Die Registrierung.....	24
d) Behördliche Aufsichts- und Eingriffsmöglichkeiten.....	25
B. Verbote des Erfolgshonorars und der Kostenübernahme für Rechtsanwälte.....	26
I. § 49b Abs. 2 Satz 1 BRAO: Verbot des Erfolgshonorars.....	26
1. Inhalt und Reichweite.....	26
2. Zwecke.....	27
II. Verbot der Kostenübernahme.....	28
1. Inhalt und Reichweite.....	28
2. Zwecke.....	29
Teil 2: Zulässigkeit der Geschäftsmodelle de lege lata.....	30
§ 3 Vertragsgeneratoren.....	31
A. Erläuterung des Geschäftsmodells.....	31
I. Beispiele und Tätigkeitsbereiche.....	31
II. Funktionsweise im Detail.....	31
B. Rechtliche Zulässigkeit.....	32
I. Meinungsstand.....	32
1. Die Voraussetzungen des § 2 Abs. 1 RDG bejahende Ansicht.....	32
2. Die Voraussetzungen des § 2 Abs. 1 RDG verneinende Ansicht.....	35
3. Ansicht des BGH.....	38
a) Vorliegen einer Tätigkeit.....	38
b) Keine konkrete fremde Angelegenheit.....	39
II. Stellungnahme.....	40
1. Tätigkeit.....	40
2. Konkrete fremde Angelegenheit.....	42
3. Erfordernis der rechtlichen Prüfung.....	42
a) Präzisierung des Tatbestandsmerkmals.....	42
aa) Erforderlichkeit der rechtlichen Prüfung entscheidend.....	43
bb) Rechtskenntnisse und Subsumtion notwendig.....	44
cc) Erwartung der Rechtsuchenden ergänzend zu berücksichtigen.....	46

b) Anwendung auf Vertragsgeneratoren.....	46
aa) Erforderlichkeit der Subsumtion.....	47
bb) Erforderlichkeit von juristischen Kenntnissen.....	48
cc) Erwartung der Rechtsuchenden.....	48
4. Einzelfall.....	49
III. Ergebnis.....	49
§ 4 Das Abtretungsmodell.....	50
A. Erläuterung des Geschäftsmodells.....	50
I. Beispiele und Tätigkeitsbereiche.....	50
II. Funktionsweise im Detail.....	51
1. Registrierung als Inkassodienstleister.....	51
2. Vorprüfung von Ansprüchen durch Software.....	51
3. Vertragsschluss und Abtretung der Ansprüche.....	52
4. Anspruchsdurchsetzung im eigenen Namen.....	52
5. Vergleich nur mit Zustimmung der Kunden.....	53
6. Erfolgsprovision.....	53
7. Kein Kostenrisiko für den Kunden.....	53
8. Abgrenzung zum Forderungskauf.....	54
B. Rechtliche Zulässigkeit.....	54
I. Überschreitung der Inkassolizenz?.....	55
1. Meinungsstand.....	56
a) Die eine Überschreitung bejahende Ansicht.....	56
b) Die eine Überschreitung ablehnende Ansicht.....	59
2. Ansicht des BGH.....	60
a) Würdigung der Umstände des Einzelfalls erforderlich.....	60
b) Weites Verständnis des Inkassobegriffs angezeigt.....	61
c) Sämtliche Tätigkeiten von wenigermiete.de von Inkassolizenz umfasst.....	62
d) Kein Wertungswiderspruch zum anwaltlichen Berufsrecht.....	64
e) Keine Überschreitung aufgrund fehlender Sachkunde.....	65
f) Keine Überschreitung durch Möglichkeit, Forderungen einzuklagen.....	65
3. Stellungnahme.....	65
a) Erläuterung des Begriffs der Überschreitung.....	65
b) Präzisierung des Begriffs der Einziehung.....	68
aa) Klassische Inkassotätigkeiten als Einziehung.....	68
bb) Verfassungskonforme Auslegung notwendig.....	68
cc) Rechtsprüfung und Äußerung von Rechtsansichten als Einziehung.....	70
dd) Keine Einschränkung im Hinblick auf Umfang und Zeitpunkt der rechtsberatenden Tätigkeit.....	72

ee) Beschränkung auf die in § 11 Abs. 1 RDG genannten Rechtsgebiete.....	75
ff) Anspruchsbegründende Maßnahmen erfasst.....	76
gg) Maßnahmen der Anspruchsabwehr nicht erfasst.....	77
c) Bewertung der auf dem Markt angebotenen Abtretungsmodelle...	78
aa) Keine Überschreitung durch automatisierte Forderungsprüfung im Vorfeld.....	78
bb) Keine Überschreitung durch Tätigkeiten nach Vertragsschluss..	80
cc) Teilweise Überschreitung durch Aufforderung zur Zahlung der herabgesetzten Miete beim Mietpreisbremseinkasso.....	80
dd) Keine Überschreitung aufgrund gerichtlicher Geltendmachung und Tätigkeiten im Zusammenhang mit einem Prozess.....	81
ee) Keine Überschreitung aufgrund sachkundefremder Tätigkeiten..	82
d) Möglicher Wertungswiderspruch zum anwaltlichen Berufsrecht de lege lata nicht von Relevanz.....	83
4. Zwischenergebnis.....	85
II. Zulässigkeit gem. § 5 RDG?.....	85
1. Meinungsstand.....	85
2. Ansicht des BGH.....	86
3. Stellungnahme.....	86
III. Nichtigkeit infolge einer Überschreitung der Inkassobefugnis?.....	87
1. Anwendbarkeit von § 134 BGB, § 3 RDG auch im Falle der Überschreitung?.....	89
a) Meinungsstand.....	89
aa) Die Anwendbarkeit verneinende Ansicht.....	89
bb) Die Anwendbarkeit bejahende Ansicht.....	90
b) Ansicht des BGH.....	91
aa) Wortlaut, Telos und Systematik als Argumente für die Anwendbarkeit.....	92
bb) Kein Vertrauensschutz im Hinblick auf die Reichweite der Inkassobefugnis.....	92
c) Stellungnahme.....	93
2. Umfassende Nichtigkeit?.....	94
a) Meinungsstand.....	94
aa) Die für eine Nichtigkeit plädierende Ansicht.....	94
bb) Die die Nichtigkeit ablehnende Ansicht.....	96
b) Ansicht des BGH.....	98
c) Stellungnahme.....	98
aa) Nichtigkeit der Verpflichtungsgeschäfte.....	99
bb) Nichtigkeit der Abtretungen.....	100
3. Zwischenergebnis.....	102

IV. Verstoß gegen § 4 RDG?	102
1. Vertretene Ansichten	103
a) Die einen Verstoß bejahende Ansicht	103
b) Die einen Verstoß verneinende Ansicht	104
2. Ansicht des BGH	105
a) Pflicht zur Prozessfinanzierung keine andere Leistungspflicht	105
b) Keine Interessenkollision	106
3. Stellungnahme	106
a) Vorliegen einer anderen Leistungspflicht?	106
b) Unmittelbarer Einfluss der Rechtsdienstleistung auf andere Leistungspflicht?	108
c) Gefährdung der ordnungsgemäßen Erbringung der Rechtsdienstleistung?	110
aa) Präzisierung des Begriffs der Gefährdung	110
bb) Kein Gleichlauf der Interessen	112
4. Entfall des Verstoßes gegen § 4 RDG durch Einwilligung?	114
a) Meinungsstand	114
aa) Die gegen die Möglichkeit der Einwilligung plädierende Ansicht	114
bb) Die für die Möglichkeit der Einwilligung plädierende Ansicht	115
b) Stellungnahme	115
5. Zwischenergebnis	116
V. Nichtigkeit infolge eines Verstoßes gegen § 4 RDG?	117
1. Nichtigkeit des schuldrechtlichen Geschäfts?	117
a) Meinungsstand	117
b) Ansicht des BGH	117
c) Stellungnahme	118
2. Nichtigkeit der Abtretungen?	118
a) Meinungsstand	118
aa) Die Nichtigkeit bejahende Ansicht	118
bb) Die Nichtigkeit ablehnende Ansicht	119
b) Stellungnahme	119
VI. Ergebnis	121
§ 5 Die unechte Sammelklage	122
A. Beschreibung des Geschäftsmodells	122
I. Beispiele und Tätigkeitsbereiche	122
II. Funktionsweise im Detail	123
1. Erweiterte Form des Abtretungsmodells	123
2. Anspruchsbündelung	123
3. Modalitäten für den Vergleichsschluss unterschiedlich geregelt	124
4. Beteiligung externer Prozessfinanzierer	124

III. Abgrenzung zu anderen Formen des kollektiven Rechtsschutzes...	126
1. Abgrenzung zur class action im US-amerikanischen Recht.....	126
2. Abgrenzung zur Musterfeststellungsklage und zum Kapitalanleger-Musterverfahren.....	127
3. Abgrenzung zu Verbandsklagen.....	129
B. Rechtliche Zulässigkeit.....	130
I. Überschreitung der Inkassolizenz?.....	132
1. Meinungsstand.....	132
a) Die eine Überschreitung bejahende Ansicht.....	132
b) Die Überschreitung verneinende Ansicht.....	136
c) Ansicht des BGH.....	137
aa) Keine Überschreitung aufgrund beabsichtigter gerichtlicher Geltendmachung.....	137
bb) Keine Überschreitung aufgrund dem ausländischen Recht unterfallender Forderungen.....	139
2. Stellungnahme.....	140
a) Ausrichtung auf gerichtliche Geltendmachung irrelevant.....	140
b) Teilweise Überschreitung aufgrund Tätigwerden in sachkundefremden Rechtsgebieten.....	142
c) Keine Umgehung des anwaltlichen Berufsrechts.....	144
d) Keine Überschreitung der Inkassobefugnis durch sonstige Tätigkeiten.....	145
3. Zwischenergebnis.....	146
II. Nichtigkeit der Abtretungen infolge einer Überschreitung?.....	146
1. Meinungsstand.....	146
2. Stellungnahme.....	148
3. Zwischenergebnis.....	149
III. Verstoß gegen § 4 RDG?.....	149
1. Meinungsstand.....	150
a) Die einen Verstoß bejahende Ansicht.....	150
b) Die einen Verstoß verneinende Ansicht.....	153
c) Ansicht des BGH.....	156
2. Stellungnahme.....	158
a) Vorliegen anderer Leistungspflichten.....	158
b) Unmittelbarer Einfluss der Leistungspflichten?.....	158
aa) Unmittelbarer Einfluss der Pflichten gegenüber Rechtsanwälten und der Gegenseite.....	158
bb) Unmittelbarer Einfluss auf die Pflichten gegenüber den anderen Zedenten.....	159
cc) Unmittelbarer Einfluss der Pflichten gegenüber dem Prozessfinanzierer.....	160

c) Gefährdung der ordnungsgemäßen Erbringung der Rechtsdienstleistung?	160
aa) Interessenkonflikt aufgrund der Pflicht zur Zahlung gegenüber Rechtsanwalt und Gegenseite	160
bb) Interessenkonflikt aufgrund der Pflichten gegenüber den anderen Zedenten	161
cc) Interessenkonflikt aufgrund der Pflichten gegenüber dem Prozessfinanzierer	163
3. Zwischenergebnis	164
IV. Nichtigkeit der Abtretungen infolge des Verstoßes gegen § 4 RDG?	164
1. Meinungsstand	164
2. Stellungnahme	165
V. Ergebnis	166
§ 6 Prozessfinanzierung durch Legal Tech-Dienstleister	167
A. Beschreibung des Geschäftsmodells	167
I. Beispiele und Tätigkeitsbereiche	167
II. Funktionsweise im Detail	168
1. Registrierung als Inkassodienstleister nicht notwendig	168
2. Vorprüfung von Ansprüchen und Abschluss eines Finanzierungsvertrags	169
3. Anwaltsvertrag mit Partneranwalt des Legal Tech-Dienstleisters	170
4. Vollständige Kostenübernahme	170
5. Erfolgsprovision	170
6. Notwendigkeit der Zustimmung zum Vergleich unterschiedlich geregelt	171
III. Abgrenzung zu ähnlichen Geschäftsmodellen	171
1. Abgrenzung zur konventionellen Prozessfinanzierung	171
2. Abgrenzung zu Vermittlungsplattformen	172
B. Rechtliche Zulässigkeit	173
I. Zurechnung der Tätigkeiten der Partneranwälte?	173
1. Die Vertretertheorie	174
2. Zurechnung infolge der Anwendung der Vertretertheorie?	176
a) Meinungsstand	176
b) Stellungnahme	177
3. Anwendung der Vertretertheorie gerechtfertigt?	177
a) Meinungsstand	178
b) Stellungnahme	179
4. Zwischenergebnis	181
II. Verstoß gegen § 3 RDG?	181
1. Verstoß durch Prüfung der Forderung durch die Anbieter?	182
a) Meinungsstand	182

b) Stellungnahme.....	183
aa) Tätigkeit in fremden Angelegenheiten?.....	183
bb) Übrige Voraussetzungen der Inkassodienstleistung bzw. Rechtsdienstleistung?.....	186
2. Unbefugte Erbringung durch sonstige Tätigkeiten?.....	188
3. Unbefugte Erbringung im Falle der Zurechnung?.....	188
4. Rechtsfolgen von Verstößen?.....	189
III. Verstoß gegen § 4 RDG?.....	189
IV. Ergebnis.....	190
Teil 3: Rechtspolitische Überlegungen de lege ferenda.....	191
§ 7 Vorfragen.....	194
A. Verbesserung des Zugangs zum Recht durch Legal Tech-Dienstleister?.....	194
I. Meinungsstand.....	194
II. Empirie.....	197
III. Stellungnahme.....	198
1. Rationales Desinteresse?.....	198
a) Das Phänomen des rationalen Desinteresses.....	198
b) Überwindung rationalen Desinteresses durch Geschäftsmodelle der Legal Tech-Dienstleister?.....	202
2. Informationsdefizit bezüglich des Bestehens eines Anspruchs.....	204
3. Risikoaversion der Rechtsuchenden.....	204
4. Andere Ursachen.....	205
IV. Ergebnis.....	206
B. Qualität der von Legal Tech-Unternehmen erbrachten Dienstleistungen?.....	206
I. Meinungsstand.....	207
II. Empirie.....	208
III. Stellungnahme.....	208
IV. Ergebnis.....	209
C. Verfassungs- und Europarechtswidrigkeit der Verbote des Erfolgshonorars und der Kostenübernahme?.....	209
I. Verfassungswidrigkeit der Verbote?.....	210
1. Meinungsstand.....	210
2. Stellungnahme.....	211
a) Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1 GG?.....	212
aa) Ungleichbehandlung.....	212
bb) Rechtfertigung.....	212
cc) Rechtsfolge: Unvereinbarkeit.....	214
b) Verstoß gegen Art. 12 Abs. 1 GG?.....	215
II. Europarechtswidrigkeit?.....	215

1. Meinungsstand.....	215
2. Stellungnahme.....	219
III. Ergebnis.....	221
§ 8 Reform des Rechtsdienstleistungsrechts.....	222
A. Gesetzentwurf der FDP-Fraktion.....	222
I. Eigener Erlaubnistatbestand für automatisierte Rechtsdienstleistungen.....	222
1. Inhalt und Begründung des Vorschlags.....	222
2. Meinungsstand.....	223
3. Stellungnahme.....	225
a) Anpassung der Legaldefinition in § 2 Abs. 1 RDG.....	225
b) Eigener Erlaubnistatbestand für automatisierte Rechtsdienstleistungen.....	225
II. Anordnung der Wirksamkeit bei Verstößen durch registrierte Personen.....	227
1. Inhalt des Vorschlags.....	227
2. Meinungsstand.....	227
3. Stellungnahme.....	228
III. Ergebnis.....	229
B. Gesetz zur Förderung verbrauchergerechter Angebote im Rechtsdienstleistungsmarkt.....	229
I. Anpassung der Legaldefinition des Begriffs der Inkassodienstleistung.....	230
1. Inhalt und Begründung der Änderung.....	230
2. Meinungsstand.....	232
3. Stellungnahme.....	233
II. Ergänzung von § 5 RDG.....	237
1. Inhalt und Begründung der Änderung.....	237
2. Meinungsstand.....	237
3. Stellungnahme.....	238
III. Anpassung des Registrierungsverfahrens.....	239
1. Inhalt und Begründung der Änderungen.....	239
a) Erstreckung der Prüfung auf beabsichtigte Tätigkeit.....	239
b) Änderung der RDV.....	241
c) (Noch) keine Zentralisierung der Aufsicht.....	242
2. Meinungsstand.....	242
3. Stellungnahme.....	243
a) Erstreckung der Prüfung auf beabsichtigte Tätigkeit.....	243
b) Änderung der RDV.....	245
IV. Einführung von Darlegungs- und Informationspflichten für Inkassodienstleister.....	246

1. Inhalt und Begründung der Änderung.....	246
2. Meinungsstand.....	249
3. Stellungnahme.....	249
V. Regelungen für Vergütungsvereinbarungen von Inkassodienstleistern.....	251
1. Inhalt der Änderung.....	251
2. Meinungsstand.....	252
3. Stellungnahme.....	253
VI. Anpassung des § 4 RDG.....	253
1. Inhalt und Begründung der Änderung.....	253
2. Meinungsstand.....	254
3. Stellungnahme.....	256
VII. Ergebnis.....	259
C. Weitere Reformoptionen.....	259
I. Ausklammerung bestimmter Rechtsgebiete aus der Inkassobefugnis?.....	259
1. Meinungsstand.....	260
2. Stellungnahme.....	260
II. Vollständige Freigabe außergerichtlicher Rechtsdienstleistungen?.....	262
1. Meinungsstand.....	262
2. Stellungnahme.....	264
III. Einführung eines Verbots des Erfolgshonorars und der Kostenübernahme für Inkassodienstleister.....	266
1. Meinungsstand.....	266
2. Stellungnahme.....	266
IV. Ergebnis.....	267
§ 9 Reform der Verbote des Erfolgshonorars und der Kostenübernahme.....	268
A. Gesetzentwurf der FDP-Fraktion: Vollständige Streichung der Verbote.....	269
B. Antrag der Grünen-Fraktion: Lockerung der Verbote.....	270
C. Gesetz zur Förderung verbrauchergerechter Angebote im Rechtsdienstleistungsmarkt: Lockerung des Verbots des Erfolgshonorars.....	270
I. Keine vollständige Öffnung.....	271
II. Erweiterung des bisherigen Ausnahmetatbestands für Erfolgshonorare.....	271
III. Neuer Ausnahmetatbestand für Erfolgshonorare bei Forderungen bis EUR 2.000.....	272

IV. Neuer Ausnahmetatbestand für Inkassodienstleistungen.....	273
V. Lockerung beim Verbot der Kostenübernahme bei Inkassodienstleistungen.....	274
VI. Kein Erfolgshonorar und keine Kostenübernahme bei unpfändbaren Forderungen.....	275
D. Meinungsstand.....	276
I. Die sich gegen eine Liberalisierung aussprechende Ansicht.....	276
II. Die für eine teilweise Liberalisierung plädierende Ansicht.....	279
III. Die für eine vollständige Abschaffung der Verbote plädierende Ansicht.....	281
E. Stellungnahme.....	283
I. Ausgangslage.....	283
II. Zur Rechtfertigung der Verbote angeführte Gründe überzeugend?..	283
1. Prozessuale Waffengleichheit.....	284
2. Verbraucherschutz.....	285
3. Anwaltliche Unabhängigkeit.....	288
4. Sonstige Argumente.....	291
5. Zwischenergebnis.....	292
III. Ausklammerung unpfändbarer Ansprüche überzeugend.....	293
IV. Öffnung des Verbotes des Erfolgshonorars bis zu einem Schwellenwert problematisch.....	293
F. Ergebnis.....	295
Teil 4: Zusammenfassung der Ergebnisse.....	296
Literaturverzeichnis.....	299